



Zur Sache

24-2024

Liebe Mitglieder, liebe Leserinnen, liebe Leser,

Der lange Weg der Palästinenser zu Recht und Gerechtigkeit

Stéphanie Maupas – Den Haag
23-11-24 « LE MONDE »

Die Mitte der 2000er Jahre begonnenen Versuche, die palästinensische Frage auf die Agenda der internationalen Justiz zu setzen fanden am Donnerstag, den 21. November, mit der Ausstellung von Haftbefehlen gegen den israelischen Premierminister, seinen ehemaligen Verteidigungsminister und einen Hamas-Führer wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ihren Abschluss.

Mit einer schwungvollen Geste verschiebt Nabil Abu Znaid den Tischaufsteller mit der Aufschrift „Staat Palästina“ auf die rechte Seite. Als (damaliger) palästinensischer Botschafter in den Niederlanden schaut er auf die weiß eingravierten Buchstaben, streckt den Arm aus und hält mit einem leichten Druck auf sein Smartphone den Moment fest: An diesem 24. Juni 2015 sitzt Palästina zum ersten Mal unter den Mitgliedsstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag. Dies ist ein Meilenstein in einem langen und erbitterten diplomatischen und gerichtlichen Kampf. Eine Offensive, die von Gaza, Ramallah, New York und Lyon ausgeführt wird und darauf abzielt, die palästinensische Frage auf die Agenda der internationalen Gerichtsbarkeit zu setzen und der Straflosigkeit, die das israelische Besatzungssystem seit 1967 umgibt, ein Ende zu setzen. „Jetzt können die Israelis meine Nachbarn im Gefängnis werden. Aber dieses Mal werden sie nicht die Schlüssel haben“, freut sich Nabil Abu Znaid an diesem Tag im Juni 2015.

Mitte der 2000er Jahre von einer Handvoll Anwälten aus Gaza ins Leben gerufen, der sich später die Palästinensischen Autonomiebehörde anschließt, durch eine Lawine von Hindernissen verlangsamt, von Kriegen und Drohungen getroffen, hat diese Operation nun schließlich zum Erfolg geführt. Am Donnerstag, den 21. November 2024, stellte der IStGH einen internationalen Haftbefehl gegen den israelischen Premierminister Benjamin Netanyahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Yoav Gallant wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit aus.

Alles beginnt im Juni 2006. Die israelische Militäroperation „Sommerregen“ bricht über den Gazastreifen herein. Sie wurde als Reaktion auf die Gefangennahme des israelischen Unteroffiziers Gilad Shalit durch Hamas-Kämpfer ausgelöst und ist der erste von sechs

Kriegen, die die Küstenenklave verwüsten werden. In den Räumen des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte in Gaza-Stadt ist dessen Leiter, der 53-jährige Raji Sourani davon überzeugt, dass die Beweise für die israelischen Übergriffe, die seine Mitarbeiter seit Jahren akribisch sammeln, dazu führen, dass sich der 1998 durch das Römische Statut gegründete und 2002 eingerichtete IStGH mit der Angelegenheit befasst wird.

Mit diesem Glauben im Herzen landete er in Den Haag, um einen Termin mit Luis Moreno Ocampo, dem ersten Ankläger des Gerichtshofs, wahrzunehmen. „Er hat von Anfang an versucht, mich zu entmutigen und mir gesagt, dass er niemals eine Untersuchung einleiten würde, wenn die Amerikaner nicht zustimmen würden“, erzählt der Anwalt aus Gaza, den er im Juni telefonisch kontaktiert hat. Die Chancen auf grünes Licht aus Washington sind gleich null. Die USA, die das Römische Statut nicht unterzeichnet haben, misstrauen dieser Art von internationalen Gremien. Sie verbieten den Richtern in Den Haag, sich mit den Handlungen ihrer Truppen in Afghanistan und denen ihrer Verbündeten wie Israel zu befassen.

Umkehrung des Kräfteverhältnisses

Januar 2009, zweiter Krieg in Gaza. Der Bombenhagel, der auf den Sandstreifen abgeworfen wird, treibt Tausende von Demonstranten auf die Straßen der französischen Großstädte. Der Lyoner Anwalt Gilles Devers ist einer von ihnen. Der ehemalige Krankenpfleger wusste damals „nicht viel über Palästina“, aber er nahm sich vor, seinerseits den IStGH anzurufen. Am 14. Januar 2009 schickte der Jurist im Auftrag von rund 100 Vereinen eine erste Anzeige im Namen der 15-jährigen Palästinenserin Amira Al Karem an den Gerichtshof.



Der französische Anwalt Gilles Devers bei einer Pressekonferenz am 25. Juli 2014 in Paris, bei der er eine Klage Palästinas gegen Israel vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) ankündigte. Die Klage, die bei der Anklägerin des IStGH, Fatou Bensouda, eingereicht wurde, richtet sich gegen „Kriegsverbrechen, die von der israelischen Armee im Juni und Juli 2014 in Palästina im Rahmen der Militäroperation ‚Protective Edge‘ begangen wurden“. Martin Bureau AFP

Diese privaten Initiativen zwingen die palästinensischen Verantwortlichen zum Handeln. Ali Khashan, der Justizminister der Palästinensischen Autonomiebehörde, reiste am 22. Januar 2010 in Begleitung von Gilles Devers nach Den Haag. Einen Monat später folgte ihm Außenminister Riyad Al-Maliki, der seinerseits an der Seite von Luis Moreno Ocampo posierte. Die Idee, dass die Palästinenser auf dem Gebiet der internationalen Justiz das

Kräfteverhältnis mit Israel umkehren könnten, begann sich in den politischen Kreisen im Westjordanland und im Gazastreifen durchzusetzen. Majed Bamyä, die Nummer zwei der palästinensischen Mission bei den Vereinten Nationen, zitiert Faisal Hussein (1940–2001), eine ikonische Figur des palästinensischen Nationalismus: „Ich kann Mike Tyson schlagen, aber nicht in einem Boxkampf. Eher im Schach.“

In Israel wird die Anrufung des IStGH durch die Autonomiebehörde in Ramallah als „kriegerischer Akt“ wahrgenommen. Die Militärstaatsanwaltschaft zensiert die Veröffentlichung der Identität der hohen Offiziere, die die in Gaza eingesetzten Einheiten befehligen. Verteidigungsminister Ehud Barak kündigt ein Dekret an, um die Soldaten „gegen alle möglichen Schäden, die aus diesen Operationen resultieren“, zu unterstützen. Der Rechtsberater der Armee fordert Washington auf, „sowohl auf die Palästinenser als auch auf den IStGH Einfluss zu nehmen“, enthüllt ein von WikiLeaks veröffentlichtes diplomatisches Telegramm der USA vom 27. Februar 2010. In den folgenden 14 Jahren setzte Israel alle ihm zur Verfügung stehenden Mittel ein – juristische, diplomatische und sicherheitspolitische – um den Gerichtshof zu konterkarieren.

Im Mai 2011 kündigte Mahmoud Abbas seine Absicht an, Palästina als vollwertigen Staat in die Vereinten Nationen aufzunehmen. Eine solche Anerkennung würde es den Palästinensern ermöglichen, Dutzenden von multilateralen Organisationen beizutreten, den Konflikt zu internationalisieren und aus der direkten Konfrontation mit ihrem Besatzer auszubrechen. Die Idee des Präsidenten der Palästinensischen Autonomiebehörde ist es, den Konflikt „zu einer rechtlichen und nicht mehr nur zu einer politischen Frage zu machen. Dies würde auch den Weg für eine Klage gegen Israel ebnen“.

Die Angelegenheit gerät ins Stocken

Während die Palästinenser an ihrer UN-Strategie feilen, muss der Ankläger in Den Haag entscheiden, ob er eine Untersuchung einleiten soll oder nicht. Er holt Rechtsgutachten von allen ein – von der Palästinensischen Autonomiebehörde, der Arabischen Liga, Professoren, Anwälten etc. –, wodurch der Eindruck erweckt wird, dass der Fall Fortschritte macht. Doch in Wirklichkeit gerät er ins Stocken. Am Ende seiner Amtszeit traf sich Luis Moreno Ocampo mit dem israelischen Botschafter in den Niederlanden. Ein geheimes Treffen, denn der jüdische Staat hütete sich damals vor jeder Handlung, die als Anerkennung dieses Gerichtshofs, dem er nicht beigetreten war, ausgelegt werden konnte. Einige Monate vor dem Ende seiner Amtszeit beschloss Ocampo, die Akte zu schließen. Wenn Palästina eines Tages vor dem Gerichtshof auftreten wolle, müsse es zuerst von den Vereinten Nationen anerkannt werden, schloss er 2012. „Er hat so viele Hürden wie möglich aufgestellt, bevor er den IStGH verlassen hat“, sagt Raji Sourani.

In New York erklärten sich das Vereinigte Königreich und Frankreich bereit, für die Aufnahme Palästinas in die UNO zu stimmen, verlangten aber von den Palästinensern, dass sie sich zuvor vom IStGH abwenden. „Ich hätte erwartet, dass Europa uns sagt, dass wir nicht zu Waffen greifen sollen. Aber genau das Gegenteil war der Fall: Sie verboten uns, die Rechtsstaatlichkeit zu nutzen“, erinnert sich Raji Sourani. Sie taten alles, um uns daran

zu hindern, vor den IStGH zu gehen!“ Die Warnungen des Westens fruchteten nicht. Am 29. November 2012 erhielt Palästina den kuriosen Titel eines „Nicht-Mitglied“-Beobachterstaates bei den Vereinten Nationen. Das kleine Team von Diplomaten, das mit der Umsetzung der Strategie betraut war, rechnete vor, dass dieser neue Status Palästina die Tür zu 63 multilateralen Konventionen und Organisationen, darunter auch dem IStGH, öffnen würde. Als Vergeltung kündigt der jüdische Staat den Bau von 3.000 neuen Wohnungen für israelische Siedler im besetzten und annektierten Ost-Jerusalem an. Um den Bemühungen von Barack Obamas Außenminister John Kerry, den Friedensprozess wiederzubeleben, eine Chance zu geben, setzten die Palästinenser zwischen 2013 und 2014 ihre Offensive für etwa zehn Monate aus. Doch ohne Erfolg. Als im Sommer 2014 ein neuer Krieg in Gaza ausbricht, stellt sich eine dringende Frage: Soll der IStGH-Vertrag ratifiziert werden oder nicht? „Nicht ohne die Zustimmung aller palästinensischen Fraktionen“, warnt Präsident Abbas. Der Patriarch von Ramallah ist sich sehr wohl bewusst, dass die Angriffe der Hamas, insbesondere ihr Raketenbeschuss von Wohngebieten im Süden Israels, die Richter in Den Haag ebenso interessieren könnten wie die Vergehen israelischer Siedler und Soldaten.



Raji Sourani, Direktor und Gründer des Palästinensischen Zentrums für Menschenrechte in Gaza, bei der Pressekonferenz, die von AOI, ARCI, Assopace Palestina und Amnesty International in Zusammenarbeit mit der Interparlamentarischen Gruppe für den Frieden zwischen Palästina und Israel veranstaltet wurde. In der Abgeordnetenkammer in Rom, am 12. September 2024. MAURO SCROBOGNA/LAPRESSE/SHUTTERSTOCK

„Abbas glaubte nicht, dass die Fraktionen zustimmen würden“, versichert Gilles Devers, der die Hamas punktuell berät. Ich sagte den Fraktionen, dass sie akzeptieren sollten“, erinnert sich Raji Sourani. „Aber wir waren sehr klar: Auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, ist kein Freibrief, alles zu tun. Selbst der bewaffnete Widerstand muss sich an das Völkerrecht halten“.

Kein Zögern mehr

Während Ramallah die Drohkulisse eines Beitritts zum IStGH aufbaut, hofft es doch weiterhin auf Zugeständnisse des jüdischen Staates. „Wir unterzeichnen lieber einen Friedensvertrag als ein Dokument des Gerichtshofs“, bemerkte Nabil Abuznaid zu dieser Zeit. Die Palästinenser fordern den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf, sich auf einen Zeitplan für das Ende der Besatzung festzulegen. Im Dezember 2014 erhalten sie jedoch ein „Nein“ von dem UNO-Gremium. „Es wird kein Warten mehr geben, kein Zögern, keine

Verlangsamung“, reagierte der Chefunterhändler der Palästinensischen Autonomiebehörde, Saeb Erekat. Zumal die Hamas im Herbst grünes Licht gegeben hatte. Am 2. Januar 2015 hinterlegt Mahmoud Abbas das offizielle Dokument zur Ratifizierung des Römischen Statuts beim UN-Generalsekretariat in New York.

In Den Haag eröffnet die neue Anklägerin Fatou Bensouda eine Vorprüfung – die Stufe vor der eigentlichen Untersuchung – über den Krieg im Gazastreifen 2014. Am 1. April 2015 tritt der „Staat Palästina“ offiziell dem Gerichtshof bei. In den folgenden vier Jahren gingen im Büro der gambischen Richterin Hunderte von Zeugenaussagen, Videos, Karten und Dokumenten ein, die alle Facetten des Konflikts untersuchten: Kriege im Gazastreifen, Kolonisierung des Westjordanlandes, „Apartheid“. „Die Palästinenser kommen fast jeden Monat, um ihre Schubkarren mit Beweisen abzugeben“, berichtet ein Jurist.

Der Staat Palästina könnte die Untersuchung in Gang setzen, indem er den Gerichtshof formell anruft, aber Ramallah hält sich zurück. Auch die Anklägerin hat es nicht eilig. „Sie wollte die letzten Jahre ihres Mandats abwarten“, erklärt ein Beamter des IStGH. Innerhalb ihres Büros herrschen tiefe Meinungsverschiedenheiten. Und die Israelis haben Zugang zum Büro der Anklägerin. „Jedes Mal, wenn ich an einer neuen Rechtsfrage arbeiten musste“, erzählt ein Jurist damals, „erhielt ich einige Tage später in meiner Mailbox Analysen von Experten, die den israelischen Standpunkt befürworteten. Analysen, die ich nie zuvor angefordert hatte. Das war sehr merkwürdig.“

Im Dezember 2016 informiert Fatou Bensouda die Mitgliedstaaten des Gerichtshofs darüber, dass die Leiter zweier palästinensischer Organisationen, Al-Haq und Al-Mezan, die eng mit ihren Diensten zusammenarbeiten, „Drohungen, Einschüchterungen und Einmischungen ausgesetzt waren“. Die Staatsanwältin ist selbst Gegenstand zahlreicher Einschüchterungen, wie das investigative Magazin + 972 und der Guardian im Mai 2024 in einer Untersuchung berichteten, in der sie das Überwachungssystem des Gerichts, das der jüdische Staat eingerichtet hat, detailliert darstellten. Diese Operation wurde von Yossi Cohen überwacht, der von 2016 bis 2021 Chef des Mossad und ein enger Vertrauter von Benyamin Netanyahu war.

Verletzung des internationalen Rechts

Der Frühling 2018 wird gefährlich. In Gaza werden riesige Demonstrationen, sogenannte „Märsche der Rückkehr“ entlang des Grenzzauns zu Israel zum Gedenken an die Nakba – den erzwungenen Exodus von 750.000 Palästinensern nach der Gründung Israels im Jahr 1948 – abgehalten. Dutzende Palästinenser fielen unter den Kugeln der Scharfschützen des jüdischen Staates. In Jerusalem werden im Westteil der Stadt großformatige Plakate mit der Aufschrift „Trump makes Israel great“ aufgehängt. Die USA feiern die Eröffnung ihrer Botschaft in Jerusalem, die in Erwartung einer Einigung über den definitiven Status der Stadt bislang wie alle anderen westlichen Vertretungen in Tel Aviv untergebracht war.

Dieser offene Verstoß gegen das Völkerrecht erzürnte Mahmoud Abbas. Sieben Tage später wehte die palästinensische Flagge auf der Stirnseite des IStGH in Den Haag. Minister Riyadh Al-Maliki hatte soeben formell die Anklägerin angerufen und um eine Untersuchung

des Siedlungsbaus und des „Apartheid“-Regimes gebeten. Während John Bolton, der Nationale Sicherheitsberater von Donald Trump, den Mitarbeitern des IStGH mit Sanktionen droht, zögert Fatou Bensouda erneut. Im Dezember 2019 schickt sie den Fall an die Richter zurück und fordert diese auf, das Gebiet, für das sie zuständig ist, genau abzugrenzen. Noch bevor die Gambierin ihre Klageschrift unterzeichnet, übergibt ihr Israels Generalstaatsanwalt Avichai Mandelblit seine Argumentationshilfe. „Die Israelis waren am Gerichtshof schon immer ein bisschen zu Hause“, kommentiert Gilles Devers.

Die Richter laden Anwälte, Professoren, NGOs und Staaten ein, um vor Gericht zu debattieren. Israel tritt nicht in der Öffentlichkeit auf, aber seine Verbündeten plädieren für das Land. Das Vereinigte Königreich, Kanada, Australien, Deutschland, Ungarn, Uganda, Österreich, die Tschechische Republik und Brasilien sind gegen die Einleitung einer Untersuchung. „Palästina ist kein Staat“, erklärten sie auf einer der in Den Haag üblichen juristischen Großveranstaltungen.

Strategische Bedrohung für Israel

Im Februar 2021 bestätigten die Richter die Zuständigkeit des Gerichtshofs für Verbrechen, die in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten begangen wurden. Fatou Bensouda kündigte im darauffolgenden Monat die offizielle Einleitung einer Untersuchung an. Sie bezieht sich auf alle „Kriegsverbrechen, Völkermord oder Verbrechen gegen die Menschlichkeit“, die seit Juni 2014 begangen wurden. In Israel erhob Benjamin Netanjahu den Gerichtshof in den Rang einer „strategischen Bedrohung“. Sechs palästinensische NGOs, die in Menschenrechtsfragen führend sind, werden von Israel im Oktober 2021 zu „terroristischen“ Organisationen erklärt. Doch anstatt zu versuchen, den Gerichtshof zu entmachten, indem Israel argumentieren würde, dass seine Gerichte in der Lage sind, die von den Haager Richtern eröffneten Fälle zu bearbeiten, zieht es der jüdische Staat vor zu schweigen. Er fürchtet, dass er den Gerichtshof legitimieren könnte, wenn er vor ihm verhandelt.

Setzen Israels Anwälte auf den neuen Staatsanwalt? Der Brite Karim Khan, der sein Amt im Juni 2021 antreten wird, wird von den Palästinensern und ihren Sympathisanten verdächtigt, pro-israelisch eingestellt zu sein. Mehrere Monate lang wurde Riyad Al-Maliki nicht mehr in Den Haag empfangen. Karim Khan for die Ermittlungen zu den Verbrechen der USA in Afghanistan ein. Joe Biden hob seinerseits die im September 2020 von Donald Trump verhängten Sanktionen gegen die ehemalige Anklägerin und den Leiter der Kooperationsabteilung des Gerichtshofs auf.

Die USA lehnen jedoch weiterhin die Gerichtsbarkeit des IStGH über „Personal von Nichtvertragsstaaten wie den USA oder Israel“ ab. Diese Position wird durch die russische Invasion in der Ukraine im Februar 2022 und die Anklage gegen Wladimir Putin im darauffolgenden Jahr geschwächt. Russland ist ebenso wenig Mitglied des IStGH wie Israel oder die Vereinigten Staaten. Doch der im März 2023 ausgestellte Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten sei „gerechtfertigt“, so Joe Biden, der damit unumwunden Doppelmoral zur Schau stellt. Es kommt zum Angriff am 7. Oktober. Die Angreifer der

Hamas töteten mindestens 1200 Menschen, darunter 360 Soldaten, und verschleppten fast 250 Geiseln in den Gazastreifen. Mit der Operation „Eisernes Schwert“, die als Gegenreaktion begann, werden ganze Sektoren der Enklave in Schutt und Asche gelegt. In der Nacht des 23. Oktobers zerstörten israelische F16 das Haus von Raji Sourani im Viertel Tel Al-Hawa in Gaza-Stadt. Der Anwalt geißelt sofort das Schweigen von Karim Khan. „Er ist mitschuldig, er unternimmt nichts, Schande über ihn“, tobt Sourani.

Plausible Gefahr eines Völkermords

Anfang Dezember 2023 reist Khan auf Einladung von Familien von Geiseln und Opfern des Angriffs vom 7. Oktober zu einem „privaten“ Besuch nach Israel. Der Staatsanwalt besucht die Kibbuzim der Märtyrer und den Ort des blutbefleckten Musikfestivals in Re'im. Die von Palästinensern auf israelischem Gebiet begangenen Verbrechen sind Teil seiner Ermittlungen. Anschließend macht er einen Abstecher nach Ramallah. „Wenn Israel sich jetzt nicht an das Gesetz hält, dürfen sie sich später nicht beschweren“, donnert Karim Khan. Ende Januar 2024 erklären die Richter des Internationalen Gerichtshofs, des anderen internationalen Rechtsprechungsorgans in Den Haag, dass in Gaza „das Risiko eines Völkermords plausibel“ sei. Sie weisen Israel an, Maßnahmen zum Schutz der Zivilbevölkerung zu ergreifen. Benjamin Netanjahu beteuert, dass er nicht nachgeben werde, doch die Schlinge zieht sich langsam zu. Im April glaubt eine Gruppe von US-Senatoren, ihm zu Hilfe eilen zu müssen, indem sie Karim Khan drohen. „Nehmt Israel ins Visier und wir nehmen euch ins Visier“, schreiben sie in einem Brief, den sie mit einer Tirade wie aus einem B-Movie abschließen: „Wir haben euch gewarnt.“



Der Präsident der Palästinensischen Autonomiebehörde, Mahmoud Abbas (rechts), trifft sich am 2. Dezember 2023 mit dem Ankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, in Ramallah im besetzten Westjordanland. THAER GHANAİM

Am 3. Mai schlug Karim Khan zurück und drohte, alle zu verklagen, die seine Arbeit behinderten. Am 20. Mai gab er bekannt, dass er den Richtern Anträge auf Haftbefehle gegen den israelischen Premierminister, seinen Verteidigungsminister Yoav Gallant und drei Hamas-Führer, darunter Yahya Sinouar, den Drahtzieher des 7. Oktober, übermittelt habe. „Die Leben aller Opfer, wo auch immer sie sich befinden, haben den gleichen Wert“, so der Staatsanwalt. In Washington, London, Westjerusalem und anderswo wird ihm vorgeworfen, Hamas und Israel auf eine Stufe zu stellen.

Die Richter werden sich sechs Monate Zeit nehmen, um über den Antrag des Briten zu

entscheiden. Das Verfahren, das eigentlich unter völligem Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden sollte, ist mit einer Reihe mysteriöser und überraschender Wendungen gespickt. Eine Richterin wirft das Handtuch und verlässt das Gericht. Mitarbeiter seines Büros lehnen sich gegen Khan auf und am 11. November wird ein Ermittlungsverfahren gegen den Ankläger wegen „mutmaßlichen sexuellen Fehlverhaltens“ eingeleitet. Zu Recht oder zu Unrecht, der Schraubstock des israelischen Geheimdienstes scheint sich um das Gericht zu schließen.

Gleichzeitig werden zwei der drei hochrangigen Hamas-Führer, die sich im Schraubstock des Staatsanwalts befinden, von den israelischen Streitkräften getötet. Ismail Haniyeh, der Leiter des politischen Büros der islamistischen Bewegung, wurde am 31. Juli in Teheran durch eine gezielte Explosion eliminiert. Gilles Devers brachte eine Kopie seiner Sterbeurkunde in Farsi aus der iranischen Hauptstadt mit, die er im Sommer besuchte. Yahya Sinouar, der Parteiführer im Gazastreifen, wurde im Oktober in Rafah durch einen Panzerbeschuss ermordet. Sein Tod wurde von der Bewegung bestätigt. Der dritte Hamas-Führer in Karim Khans Visier, Mohammed Deif, der Chef des militärischen Arms, wurde Anfang August von Israel liquidiert, ohne das bislang Beweise dafür vorliegen. Am 21. November wurde daher gegen Netanjahu, Gallant und einen mutmaßlich getöteten Palästinenser Haftbefehl erlassen – der Höhepunkt eines fünfzehnjährigen Kampfes.

Übersetzt mit DeepL.com / korrigierte Fassung

Quelle: https://www.lemonde.fr/international/article/2024/11/23/la-longue-marche-des-palestiniens-vers-la-justice-internationale_6410180_3210.html

Spende
Deutsch-Palästinensische Gesellschaft e.V.
Kontoverbindung
IBAN: DE90 3706 0590 0000 3392 10
BIC: GENODED1SPK

Spende Zweck: Humanitäre und medizinische Hilfe in Gaza – Palästina

